KAPER BRIEF BREMEN

Bestimmt werden oder selbst bestimmen?

Über Politikerverdrossenheit, Wählerfrust und Mitgestaltung

Von Altkanzler Helmut Schmidt stammt die Aussage: „Wer Visionen hat, sollte lieber gleich zum Arzt gehen!“ Die meisten in Bremen antretenden Parteien scheinen sich daran zu halten. Visionen, wie mit den anstehenden Problemen umgegangen werden soll, fehlen vollkommen.

Stattdessen immer die selben Rezepte. Wie in der Werbung: Sparen, sparen, sparen. Nur für die Wirtschaft wird mehr Geld gefordert. Auch sonst dasselbe Ritual wie vor jeder Wahl. Es werden „Bonbons“ verteilt, hier ein bisschen Gehaltsanpassung für die Lehrer, da ein bisschen Runder Tisch A 281. Es wird von mehr Bürgerbeteiligung gesprochen und wie toll es mit der Bildung läuft. Alle Parteien sind die Internetpartei schlechthin und alternativlos für alle Jungwähler. Arbeitsplätze wird es vom Himmel regnen und Freiheit gibt es umsonst dazu.

Vom Untertan zum Souverän!

Nach der Wahl ist das natürlich alles Geschwätz von gestern. Für Verbesserungen und Bildung ist leider kein Geld da. Die Bürgerbeteiligung wird sich auf die Kommentarfunktion der Parteiwebseiten beschränken. Die städtische Infrastruktur wird weiter abgebaut und das Personal entlassen. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem im 400-Euro-Sektor. Die Umverteilung von Unten nach Oben läuft ungebremst weiter. Und selbst das Versprechen der Freiheit wird mit Füßen getreten. Stattdessen kommen weitere Überwachungsmaßnahmen. Natürlich alles nur zu unserer Sicherheit.

Da bleibt man als Wähler doch lieber zu Hause. Wählen ändert doch sowie nichts. Oder?

Foto CC-BY-SA: Lisavan, Pirate Images

Genau den Frust haben wir auch empfunden. Genau die Ohnmacht gespürt, wenn wieder Gesetze verabschiedet wurden, die das Gegenteil von dem beschlossen, wofür wir eine Partei eigentlich gewählt haben. Beispiele gibt es genug, ob Hartz IV durch SPD und Grüne, Eintritt in Angriffskriege mit den Grünen, Steuersenkungen nur für die Reichen von CDU und FDP, Gesundheitsreformen, die immer nur die Beitragszahler zur Kasse gebeten haben durch SPD/CDU/FDP/GRÜNE usw.

Keiner von uns ist in der Piratenpartei, weil wir Bock hatten Politiker zu werden, sondern weil wir glauben, dass es auch anders geht! Weil wir wissen, dass neue Ideen und Ansätze notwendig sind für dringende Veränderungen in dieser Gesellschaft. Weil wir durch unsere Erfahrungen mit den neuen Medien erlebt haben, wie gemeinsam Lösungen für Probleme gefunden wurden und in fruchtbarer Zusammenarbeit neue Ideen entstanden. Daraus haben wir folgende Lehren gezogen... *Weiter auf Seite 3*

Bremer Programm
Auf welchem Kurs steuern die Bremer Piraten?
Seite 2

Mysteriöse Kürzel
Von ACTA bis JMStV: Schwerwiegende Abkürzungen
Seite 3

Transparente Verwaltung
Open Government, Transparency Board, Open Data: Eigentlich ganz einfach...
Seite 4

ELENA und WikiLeaks
Transparenter Staat statt gläserne Bürger!
Seite 5

Sozialpolitik reloaded
Recht auf sichere Existenz und Teilhabe statt „HartzIV“ und Prekarisierung
Seite 6

Lern uns kennen!
Finde heraus, wo die Piraten sich in Bremen verstecken, und komm uns besuchen!
Seite 7

Klarmachen zum Ändern
Die Grundsätze der Piraten
Seite 8

CC-BY-SA: Nina Paley

Kaperbrief
Piratenzeitung zu Bremen
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org

Gekommen um zu bleiben!

Bremer Programm Kernthemen – Neue Themen – Stadtthemen

In anderen Parteien wird vom Vorstand oder einer Kommission ein Programm erstellt und von Delegierten beschlossen. Das ist einfach, geht schnell, ist aber nur eingeschränkt demokratisch. Das ist bei der Piratenpartei anders: Hier erstellen alle aktiven Mitglieder gemeinsam das Programm und stimmen es gemeinsam ab. Grundsätzlich haben sogar Nichtmitglieder die Möglichkeit, sich in die politische Arbeit in der Piratenpartei einzubringen. Für die Beteiligung sowohl an der parteipolitischen Arbeit wie auch an öffentlichen Entscheidungsprozessen testet die Piratenpartei Bremen aktuell verschiedene internetgestützte Mitmach-Werkzeuge, die es jedem Teilnehmer ermöglichen, auch ohne direkte Anwesenheit auf Parteitreffen oder Bürgerschaftssitzungen in der politischen Arbeit mitzumachen.

Kernthemen Bildung, Demokratie, Bürgerrechte

In dieser basisdemokratischen Weise entwickelt die Piratenpartei Bremen ihr Programm und arbeitet an ihren thematischen Inhalten. Besonders der freie Zugang zu Bildung und Wissen ist den Piraten wichtig. Bildung muss bereits im frühkindlichen Alter beginnen und qualifiziert vermittelt werden. Bildung muss individuell „passen“, daher maßen wir uns auch keine „Das ist das perfekte Schulsystem“-Antwort an. Jeder, der sich aus-, fort- oder weiterbildet, muss freien Zugang zu Lernmitteln haben. Wir sind für die Wiedereinführung der Diplom-Studiengänge, da die Studiengänge zum Bachelor und Master allein ein Studium im Sinne der akademischen Tradition nicht gewährleisten können. Aber auch sinnvolle Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und die Abschaffung der 1-Euro-Jobs gehören für die Piraten zu einer sozialen Bildungspolitik.

Über ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den größeren Parteien verfügen die Piraten mit ihrer Position zur Sozialpolitik: Die Möglichkeit einer bedingungslose Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es ist nicht plausibel noch hinnehmbar, dass Menschen durch wirtschaftliche „Optimierungsprozesse“ aus ihrem Erwerbsleben gedrängt werden, um dann als Schmarotzer hingestellt und zu jedweder niederen Tätigkeit gezwungen zu werden. Da es offensichtlich nicht mehr genug Arbeit für alle gibt, muss endlich eine ernsthafte Diskussion um alternative Konzepte begonnen werden.

Neue Themen Sozialpolitik, Umwelt, Energie

In wirtschaftspolitischen Fragen stehen die Piraten für Nachhaltigkeit. Die Wirtschaft muss es schaffen, aus dem Prinzip des schonungslosen Ressourcenverbrauchs herauszukommen und in gesunden Kreisläufen zu arbeiten.

Energiepolitisch setzt die Piratenpartei auf Techniken, die eine Belastung der planetaren Ressourcen minimieren und keine existentielle Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerung darstellen.

Im Bereich der Inneren Sicherheit fordern die Piraten eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten und den Rückbau der allgegenwärtigen Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und fortschreitenden Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger. Die Piraten lehnen die künstlich geschürte Terrorhysterie entschieden ab.

Wir begrüßen die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und wenden uns an dieser Stelle ausdrücklich an alle Neuwähler. Vergebt Eure Stimme nicht leichtfertig, Ihr seid von allen Wählern noch am längsten auf diesem Planeten, überlegt euch, wer die Welt mit und für euch gestalten soll. Die Piraten befürworten zudem ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger.

Weitere Demokratiedefizite wollen die Piraten mit einem Transparenzbeauftragten, der Möglichkeit zu mehr und umfassenderer Bürgerbeteiligung, einer höheren Gewichtung von Online-Petitionen und durch Videoübertragung und öffentlich einsehbarer Protokollierung der Sitzungen der Bürgerschaft, ihrer Ausschüsse und Deputationen und Beiratsversammlungen beseitigen.

Um Themen der Stadtentwicklung geht es in den Abschnitten Stadtplanung sowie Bauen und Wohnen. Auch hier wird vor mehr Transparenz und rechtzeitige sowie umfassende Bürger- und vor allem Anwohnerbeteiligung gefordert.

Die Themenpalette der Piratenpartei Bremen reicht also von den Kernthemen der Piraten wie Bildung, Demokratie und Bürgerrechte über Innere Sicherheit, Umwelt und Energie bis hin zur Stadtentwicklung. Wir freuen uns über Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung.

Fortsetzung von Seite 1

Wir fordern echte Transparenz. Alle Verträge, die unsere Volksvertreter abschließen, sind vor der Unterschrift öffentlich zu machen. Alle Nebeneinkünfte sind vollständig offen zu legen. Alle Sitzungen sind öffentlich abzuhalten und gehen per Livestream ins Internet. Nur der transparente Staat bewahrt vor Korruption und Filz. Darum wollen wir die gläserne Bürgerschaft anstatt der gläsernen Bürger!

Wir fordern echte Mitbestimmung. Und Mitbestimmung bedeutet, Vorschläge machen zu können, die auch abgestimmt werden. Nicht nur von den Politikern. Mitbestimmung bedeutet, Alternativanträge einbringen zu können, die auch zur Wahl gestellt werden. Mitbestimmung bedeutet, undemokratische oder gegen die Interessen der Bürger gefällte Entscheidungen rückgängig machen zu können. Mitbestimmung bedeutet, dass nicht nur Politiker und sogenannte Experten sagen, wo es lang geht, sondern die Menschen, die es unmittelbar betrifft. Seit ihrer Parteigründung 2006 entwickeln und arbeiten die Piraten erfolgreich mit neuen Werkzeugen der Mitbestimmung.

Wir fordern Wahrheit. Kein Politiker gibt zu, dass Bremen seine Schulden nie zurückzahlen können wird. Und es wird in diesem Land niemals mehr Vollbeschäftigung geben. Wie aber sollen wir über die Zukunft diskutieren, gemeinsam Lösungsmöglichkeiten suchen, wenn Wahrheiten nicht ausgesprochen werden?

Für Transparenz, Mitbestimmung und Wahrheit brauchen wir eine Bildung, die die Erziehung zum selbst- und mitbestimmenden Menschen in den Mittelpunkt stellt. Nicht das Internet kann diese Welt verändern, wohl aber die Menschen, die es nutzen. Dafür brauchen wir ein freies Internet, ohne Zensurmaßnahmen, die unter dem Deckmantel von Jugend- und Verbraucherschutz eingeführt werden sollen. Denn nichts fürchten Politiker mehr als gut informierte Bürger, Transparenz und Menschen, die mitbestimmen wollen.

Nur wir alle zusammen werden Bremen wirklich zukunftsfähig gestalten können. Ohne den Willen und das Wissen aller Bürger geht es nicht!

Mysteriöse Kürzel

Von ACTA bis JMStV Abkürzungen von schwerwiegender Bedeutung

eGK

Die *elektronische Gesundheitskarte*. Der Chaos Computer Club hat erhebliche Bedenken, ob der Teilbereich „elektronische Patientenakte“ die hohen Anforderungen an den Datenschutz auch nur in Ansätzen erfüllt. Ansonsten ein Projekt mit hohem wirtschaftlichen Nutzen...für die IT-Industrie.

ACTA

Das *Anti Counterfeiting Trade Agreement* (etwa: Handelsabkommen gegen Produkt-Fälschungen), von 39 Staaten in geheimen Beratungen verhandelt. Absicht war es, Internet-Provider zur Überwachung und Sperrung von Internet-Nutzern (potentiellen Raubkopierern!) zu verpflichten. Auf Druck von Bürgerrechts- und Verbraucherschützern wurde das zur „Empfehlung“ heruntergestuft, ebenso wie Kontrollen von MP3-Playern an Grenzen.

ELENA

Interessante Verniedlichung für den *ELektronischen EntgeltNAchweis*, „Hydra“ hätte wahrscheinlich eher gepasst. Die Risiken fehlerhaft verarbeiteter oder manipulierter Daten in der ELENA-Datenbank sind unübersehbar. Wir sind gespannt auf den ersten Datenskandal bei der Deutschen Rentenversicherung...

INDECT

Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment (Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erfassung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung). Ein EU-Programm, dass alle Überwachungsinstrumente bündeln und noch ein paar mehr, z.B. Drohnen, schaffen soll. „Begriffe wie Unschuldsvermutung oder gerichtsfester Beweis haben dabei keine Bedeutung mehr, ersetzt es doch die gezielte Suche nach Verdächtigen durch das vollständige und automatisierte Scannen der gesamten Bevölkerung.“ (Die Zeit)

JMStV

Der *Jugendmedienschutz-Staatsvertrag* soll durch Alterskennzeichnung und eingeschränkte Sendezeiten Jugendschutz im Internet garantieren. Dass es keine InternetStandard Time gibt, wurde dabei geflissentlich übersehen. Ausgedacht von Ahnungslosen für Abmahnanwälte. Die letzte Modifizierung ist nicht aus Einsicht, sondern aus Parteienkalkül gescheitert. Soviel zum Jugendschutz von CDU/SPD/FDP/GRÜNE/LINKE.

Erich Sturm
49 J., Religionswissenschaftler

Bürgerschaft Bremen,
Listenplatz 1,
Beiratskandidat Neustadt

„Die Piratenpartei steht für eine Politik der gesellschaftlichen Teilhabe, der individuellen Freiheit und der gemeinsamen Arbeit an unserer Zukunft.“

Arend Vogtländer
38 J., Informatiker

Bürgerschaft Bremen,
Listenplatz 2,
Beiratskandidat Östliche Vorstadt

„Bürgerbeteiligung ist mehr als die Wahl zwischen vorbestimmten Antworten. Es ist die Möglichkeit wirklich an den politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen teilzunehmen.“

Sven Schomacker
37 J., Krankenpfleger

Bürgerschaft Bremen,
Listenplatz 3

„Die vorschulische Bildung in den KiTas muss wesentlich gestärkt werden, mit mehr Plätzen, besserer Einrichtung und mehr Personal - und das Ganze am besten kostenlos!“

Volker Groos
50 J., Dipl. Ing. (FH) Nachrichtentechnik

Bürgerschaft Bremen,
Listenplatz 4,
Beiratskandidat Blumenthal

„Es wird Zeit, dass der Staat die vorhandenen Infrastrukturen für effektivere Bürgerbeteiligung nutzbar macht.“

Staat und Verwaltung - aber glasklar!

Open Government, Transparency Board und Open Data Was steckt dahinter?

Eine neue Idee fegt durch das Internet. Schnell wurden wieder neue Begriffe kreiert, die leider manchmal nicht dem Verständnis dienlich sind. Da es sich hierbei aber um vielversprechende Ansätze für zwei unserer Hauptforderungen – Transparenz und Bürgerbeteiligung – handelt, wollen wir hier diesen Begriffen auf den Grund gehen.

Sobald das Internet in das Spiel kommt, hagelt es nur so von Anglizismen und Kunstwörtern. Gerne wird auch ein *2.0* dahinter gestellt. Leider werden diese Begriffe oft wie selbstverständlich verwendet und schließen somit viele Leser aus. Hier soll daher zur Abwechslung mal auf deutsch erklärt werden, was genau mit *Open Government* und *Transparency Board* gemeint ist und was es eigentlich mit „Zwei Punkt Null" auf sich hat.

Die *2.0* bezeichnet die zweite Version des Internets, das „Mitmach-Netz". Hierbei werden die Nutzer mehr in das Geschehen einbezogen. Insbesondere ihre Meinung ist gefragt. Sie sollen Inhalte bewerten, empfehlen und auch verändern können. Das Internet soll nicht weiter eine Einbahnstraße bleiben. Dies wird jetzt häufig auch auf nicht-Internet-Begriffe angewendet.

Government 2.0 bezeichnet in diesem Sinne eine Regierung zum Mitmachen. Und was liegt da näher, als hierfür das Internet zu nutzen. Es hat in der Zielgruppe eine hohe Durchdringung und kann auf die Schnelle viele Interessierte zusammenbringen. Damit das Ganze nicht chaotisch wird, gibt man sich gerne selber Regeln, mit denen sich alle einverstanden erklären. In guter alter Internettradition haben die Aktivisten um *Government 2.0* und *Open Government* (offene Regierung) die Regeln als RFC (Request for comments, zu deutsch: „Bitte um Kommentierung") im Internet veröffentlicht. Diese Bezeichnung zeigt, dass diese Regeln nicht in Stein gemeißelt sind. Auch hier darf und soll jeder mitreden.

Diese RFC hat den Titel *Open Data Principles* und soll zunächst erst mal festlegen, welche Informationen bereit gestellt werden sollen, um eine konstruktive Beteiligung an der Regierung zu ermöglichen. Dies entspricht einer der Hauptforderungen der Piratenpartei: Transparenz von Staat und Verwaltung. Die RFC nennt folgende acht Prinzipien:

1. Vollständig
Alle öffentlichen Daten werden verfügbar gemacht. Als öffentliche Daten werden hierbei Daten verstanden, die nicht berechtigten Datenschutz-, Sicherheits- oder Zugangsbeschränkungen unterliegen.

2. Primärquelle
Die Daten werden an ihrem Ursprung gesammelt. Dies geschieht mit dem höchstmöglichen Feinheitsgrad, nicht in aggregierten oder anders modifizierten Formaten.

3. Zeitnah
Daten werden so zügig zur Verfügung gestellt wie zur Werterhaltung nötig.

4. Zugänglich
Daten werden so vielen Nutzern wie möglich für möglichst viele Verwendungszwecke bereit gestellt.

5. Maschinenlesbar
Daten werden strukturiert zur automatisierten Verarbeitung zur Verfügung gestellt.

6. Nicht diskriminierend
Daten sind für alle verfügbar, ohne dass eine Registrierung notwendig ist.

7. Nicht proprietär
Daten werden in standardisierten Formaten bereit gestellt, über die keine juristische Person die alleinige Kontrolle hat.

8. Lizenzfrei
Daten unterliegen keinem Urheberrecht, Patenten, Markenzeichen oder Geschäftsgeheimnissen. Sinnvolle Datenschutz-, Sicherheits- und Zugangsbeschränkungen sind zulässig.

Zu schön um wahr zu werden?

Wenn man diese Prinzipien durchliest, kann man sich kaum vorstellen, dass das in Deutschland klappen könnte. Und in der Tat, wir Deutschen tun uns das sehr schwer. Erstaunlicherweise klappt es bereits sehr gut in anderen Ländern. Amerikaner können sich z.B. auf der Webseite recovery.gov einen genauen Überblick verschaffen, wer wieviel aus dem amerikanischen Konjunkturprogramm erhalten hat.

In Großbritannien wurde im letzten Monat vom Innenminister ein Ausschuss (*Transparency Board*) eingesetzt, der die obigen Prinzipien im britischen Parlament umsetzen soll. Dass das durchaus ernst gemeint ist, wird durch die Besetzung des Ausschusses klar. Neben vielen anderen hochrangigen Wissenschaftlern sitzt auch Sir Tim Berners-Lee, der Erfinder des Internets, dem Minister zur Seite.

Ob wir in Deutschland ebenfalls eine solche Transparenz schaffen können, daran hat der Bundesdatenschutzbeauftragte, Peter Schaar, noch seine Zweifel. Es gibt zwar Informationsfreiheitsgesetze auf Bundes- und Landesebene, nur mit der Umsetzung hapert es noch gewaltig. In der Praxis werden Auskunftsersuchen von der Behörden eher abgelehnt als erfüllt.

Die Piratenpartei will diese Zustände ändern. Wir setzen uns für Transparenz in der öffentlichen Verwaltung und mehr Bürgerbeteiligung ein. Der Landesverband Bremen wird sich daher auch mit diesen Hauptforderungen im Bürgerschaftswahlkampf klar für die Bremerinnen und Bremer positionieren.

Wir setzen uns ein für Bremen 2.0!

Johannes Kolbe
31 J., Kfz-Mechaniker

Bürgerschaft Bremen,
Listenplatz 5,
Beiratskandidat Blumenthal

„Der Bürger will Politik, er will mitbestimmen, er wird nur nicht in ausreichendem Maß gehört."

Stephan Laupichler
29 J., Zerspanungsmechaniker

Bürgerschaft Bremen,
Listenplatz 6

„Datenschutz, Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit sind die politischen Punkte, die ich mir auf die Piratenfahne geschrieben habe."

Transparenter Staat statt gläserne Bürger

ELENA Die zentrale Speicherung von Personaldaten läuft weiter – ihre Benutzbarkeit steht in den Sternen

ELENA, das ELektronische EntgeltNAchweis-Verfahren ist nun seit einem Jahr für alle Arbeitgeber Pflicht. Das bedeutet, dass Monat für Monat Daten über alle Einzelheiten von Mitarbeitern – 40 Millionen Arbeitnehmer, auch Beamte, Richter und Soldaten – erhoben und elektronisch abgeliefert werden müssen. Der „Multifunktionale Verdienstdatensatz" umfasst dabei nicht nur Details über die Beschäftigung und Entgelte, sondern auch sehr persönliche Informationen wie Gründe für Fehlzeiten (z.B. Pflegezeit und Mutterschutz), Abmahnungen und Kündigungen. Diese Angaben werden allein vom Arbeitgeber gemacht; Arbeitnehmer haben keine Möglichkeit zur Akteneinsicht, und damit auch keine Möglichkeit zum Einspruch. Geplant war anfangs sogar, Teilnahmen an Streiks zu dokumentieren. Nach massiven Protesten von Gewerkschaften und Datenschützern wurde zumindest dieser Teil der zentralen „Arbeitnehmer-Verwaltung" gestrichen.

Mit Hilfe des intransparenten Datensilos sollten eigentlich ab 2012 die Berechnungen von Elterngeld, Wohngeld und anderen Sozialleistungen erfolgen. Im Herbst 2010 wurde jedoch klar, dass die technischen Voraussetzungen in den Ämtern dafür gar nicht vorhanden sind. Die neue Planung sieht nun eine Nutzung der – trotzdem munter weiter gespeicherten – Daten ab 2014 vor. Übrigens wird dann nicht nur die Agentur für Arbeit Zugang zu diesen Daten haben, mittelfristig sollen auch andere Behörden, etwa für kommunale und zivilrechtliche Verfahren, darauf zugreifen können.

Es ist außerdem vorgesehen, dass beantragende Bürger den Ämtern die Benutzung ihrer Daten erlauben müssen, um Sozialleistungen erhalten zu können. Dazu müssen sie sich „elektronisch ausweisen". ELENA wird also auch dazu benutzt, Chipkarten mit digitalen Signaturen bzw. den neuen elektronischen Personalausweis verpflichtend zu machen.

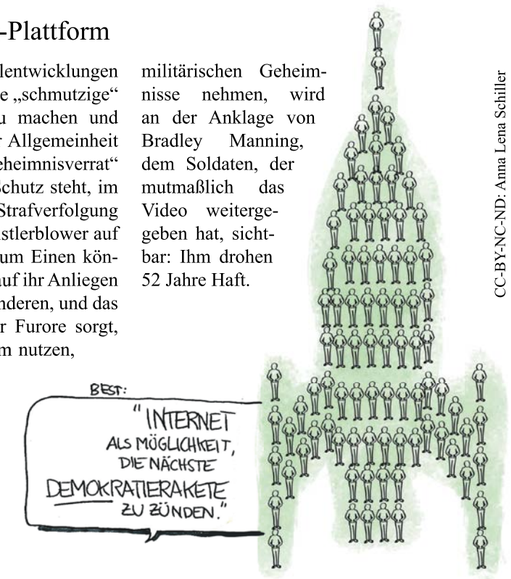
Dass Externe an dieser persönlichen Arbeitshistorie sehr interessiert sind, kann man sich leicht denken. Potentielle Arbeitgeber würden wahrscheinlich gerne wissen, wenn ein Arbeitnehmer öfters wegen einem pflegebedürftigen Verwandten fehlt, Krankenkassen und andere Versicherer dürften sich für durch Fehlzeiten dokumentierte Erkrankungen brennend interessieren. Dass Personendaten früher oder später ausspioniert, weitergegeben und missbraucht werden, bestätigt sich leider regelmäßig durch diverse Datenskandale.

WikiLeaks Piratenparteien unterstützen die Whistleblowing-Plattform

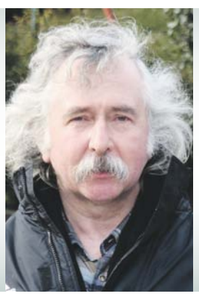
Spätestens seit der Verhaftung von Julian Assange, dem prominentesten Sprecher von WikiLeaks, und der Offensive einiger ehemaliger Vertragspartner gegen WikiLeaks hat es die Whistleblowing-Plattform in die Offline-Medien und damit die breite Öffentlichkeit geschafft. Viele Piratenparteien weltweit unterstützen WikiLeaks mit „Spiegelungen" (also 1:1-Kopien) auf ihren Web-Servern, so auch die Bremer Piraten unter wikileaks.bremenleaks.de. Die Piraten sehen in der Verfolgung von WikiLeaks eine klare Bedrohung der Informationsfreiheit im Internet, aber auch darüber hinaus, indem eine zentrale Plattform für das Whistleblowing quasi zum Abschuss freigegeben wird.

Whistleblowing meint den ethisch begründeten Geheimnisverrat eines Insiders. Der Whistleblower gibt der Öffentlichkeit Hinweise zu internen Vorgängen oder Tatsachen, die er für höchst kritikwürdig hält und die allgemein bekannt sein sollten. Als „Frühwarnsystem" können Whistleblower in Unternehmen und staatlichen Institutionen helfen, Fehlentwicklungen wie Korruption, aber auch andere „schmutzige" Geschäftspraktiken, bekannt zu machen und das gerechtfertigte Interesse der Allgemeinheit zu schützen. Da ein solcher „Geheimnisverrat" aber unter keinem rechtlichen Schutz steht, im Gegenteil Kündigung und sogar Strafverfolgung nach sich ziehen kann, sind Whistlerblower auf besondere Wege angewiesen. Zum Einen können sie versuchen, Journalisten auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Zum Anderen, und das ist die Methode, die gerade für Furore sorgt, können sie eine Online-Plattform nutzen, die Daten anonym überträgt.

WikiLeaks wurde weltweit bekannt, als es im April 2010 das sogenannte „Collateral-Murder"-Video öffentlich machte, und der Welt damit den schmutzigen Krieg im Irak vor Augen führte. Wie ernst die Regierungen den „Verrat" der militärischen Geheimnisse nehmen, wird an der Anklage von Bradley Manning, dem Soldaten, der mutmaßlich das Video weitergegeben hat, sichtbar: Ihm drohen 52 Jahre Haft.



CC-BY-NC-ND: Anna Lena Schiller



Christian Conrad
59 J., Diplom-Sozialwirt

Bürgerschaft Bremen,
Listenplatz 7

„Ich wurde ‚parteiloser Pirat', denn mich fasziniert soziologisch der zukunftsträchtige Prozess, wie über neue Medien neue Politikformen etabliert werden."

Mathias Döhle
45 J., Betriebswirt und Informatiker

Beiratskandidat Findorff

„Durch das Internet erlebt unsere Gesellschaft einen Wandel. Ich will helfen, dass dies ein Wandel zum Positiven wird."

Recht auf sichere Existenz und Teilhabe

Statt „Hartz IV“ und Prekarisierung Ideen für neue Wege in der Sozialpolitik

Mit der Hartz IV-Gesetzgebung durch SPD und Grüne wurde die Existenzangst zum vorherrschenden Lebensgefühl von Millionen Bürgern, Rentnern und Kindern. Wie passt das noch mit der im Grundgesetz verankerten Würde des Menschen zusammen?

Die herrschenden Parteien versuchen die gegenwärtige Krise der maroden Sozialsysteme durch immer neue Reformen zu lösen. Diese bringen zumeist aber nicht mehr als weitere Belastungen und Zumutungen für die Bürger. Die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung hängen direkt von den Erwerbseinkommen ab und können so schon seit Jahren nicht mehr adäquat finanziert werden. Zudem fehlen die Einkünfte einiger gut verdienender Berufsgruppen in diesen Kassen. Dafür kamen die sogenannten Eliten in den letzten zwanzig Jahren jedoch durchaus in den Genuss von Steuererleichterungen.

Individuell bedeutet das für viele Menschen, dass sie sich nicht nur mit prekären Beschäftigungsverhältnissen durchschlagen und noch zusätzlich beim „Amt“ um Unterstützung betteln müssen, sondern auch, dass sie mit einer extrem niedrigen Rente zu rechnen haben – und wieder Sozialhilfe beantragen müssen. Vor diesem Hintergrund stellt sich mehr denn je die Frage, wie man sicherzustellen kann, dass jeder Bürger in Deutschland, egal in welcher Situation, ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben führen kann.

Aus diesem Grund hat der Bundesparteitag der Piraten in Chemnitz 2010 die Forderung nach einer neuen Sozialpolitik aufgestellt und in sein Grundsatzprogramm integriert. Die zentrale Aussage unseres Ansatzes lautet: Jeder Mensch hat das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist das wichtigste Gebot des Grundgesetzes. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Da das Ziel ein Einkommen zur Existenzsicherung für jeden ist, sollte dieses Einkommen jedem direkt und ohne Bedingungen garantiert werden. So wie heute bereits u. a. öffentliche Sicherheit, Verkehrswege und weite Teile des Bildungssystems ohne direkte Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden, sollte auch die Existenzsicherung selbstverständlicher Teil der gesellschaftlichen Infrastruktur werden.

CC-BY-NC-SA: Rosa Linke

Armut verhindern, nicht Reichtum!

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen eine sichere Existenz als Grundlage für die Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Potenziale nutzen wird.

Sichere Existenz schafft einen Freiraum für selbstbestimmte Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Innovation. Sie erleichtert und ermöglicht ehrenamtliches Engagement, die Pflege von Angehörigen, die Fürsorge für Kinder, unabhängigen Journalismus, politische Aktivität oder die Schaffung von Kunst und Kultur. Davon profitiert die ganze Gesellschaft. Die Piratenpartei setzt sich daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen.

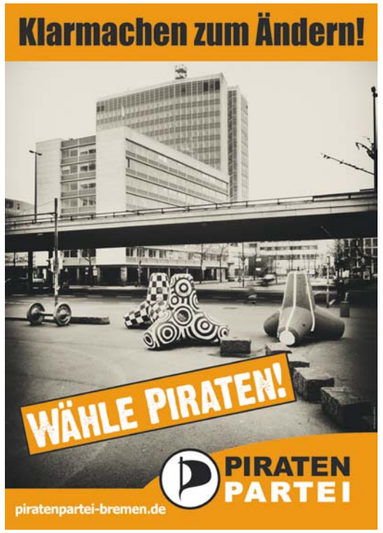
Wir brauchen einen gesellschaftlichen Diskurs, der nicht das Credo „Jeder gegen Jeden“ in den Mittelpunkt stellt, sondern der unvoreingenommen neue Wege der Sozialpolitik beleuchtet. Die Ängste der Menschen in Deutschland werden oft als „Jammern auf hohem Niveau“ betitelt. Aber wer titelt so und wem nützen solche Aussagen? Wir wissen, dass die Existenzängste real sind und diese Gesellschaft durch gewollte Umverteilung immer weiter auseinander driftet. Dies ändert sich nicht durch neue „Reformen“ der Parteien, die für diesen Zustand verantwortlich sind. Ein grundlegender Wandel ist nur zu bewerkstelligen indem sich Bürger aktiv einmischen und eine neue Sozialpolitik einfordern.

Klarmachen zum Ändern!

Wo die Bremer Piraten stecken

Lern uns kennen! online und offline...

Ein fester Termin für Piraten und alle, die mal bei uns vorbeischauen möchten, ist der wöchentliche Stammtisch der Bremer Piraten montags in der Landesgeschäftsstelle. Ab 19 Uhr kann man in der Daniel-von-Büren-Straße 15 in entspannter Atmosphäre reden, einen Drink nehmen und die social skills von Piraten austesten.



Der Landesverband Bremen freut sich auf alle Menschen, die die Piraten persönlich kennen lernen wollen, mit uns diskutieren oder mehr über unsere Arbeit erfahren wollen. Piraten gibt es nicht nur im Internet, sondern in nahezu allen Bremer Stadtteilen. In unserem Online-Kalender (*bremen.piratenpartei.de/Kalender*) findet man die Treffen der Kreisverbände, Themen-Abende und sonstigen Aktivitäten und Termine.

Neben der zentralen Homepage der Piratenpartei Deutschland *(www.piratenpartei.de)* stellt das Piratenwiki *(wiki.piratenpartei.de)* sozusagen das kollektive Gedächtnis der Piratenpartei dar. Wie in der Partei generell, verzichten wir wo es geht auf Hierachien und Beschränkungen. Alles soll für alle offen einsehbar und nachvollziehbar sein. Jeder soll mitmachen und mitentscheiden, mitschreiben und mitentwickeln dürfen. Dies tun wir unter anderem mithilfe der Plattform LiquidFeedback *(lqfb.piratenpartei.de)*. Im Übrigen: Um bei uns mitzuarbeiten und Anregungen einzubringen, muss man kein Pirat sein. Und erst Recht kein Nerd, das sind wir zu einem großen Teil nämlich – entgegen unserem Image – auch nicht. Trau Dich einfach!

Selbstverständlich freuen wir uns über jedes neue Mitglied, sei es bei den Piraten und/oder den Jungen Piraten! Teile mit uns Deine Meinung, Dein Wissen, Dein Engagement – es wird sich für Dich und Uns vervielfachen! Und wenn Du unseren Einsatz für den Schutz der Bürgerrechte, mehr Demokratie und gegen die Überwachung der Zivilgesellschaft finanziell unterstützen willst, freuen wir uns natürlich über Spenden – besonders jetzt im Wahlkampf.

www.bremen.piratenpartei.de
wiki.piratenpartei.de/HB:Landesverband_Bremen

Piratenpartei LV Bremen | Konto: 1011024468 | BLZ: 29151700 | Kreissparkasse Syke
Verwendungszweck: <Name, Vorname, Adresse>, Wahlkampfspende LV Bremen
Oder nutzt das Lastschrift-Formular unter *bremen.piratenpartei.de/spenden*
Wer Namen und Anschrift angibt, erhält auch eine Spendenbescheinigung.

Impressum

Kaperbrief
ISSN: 2191-3056

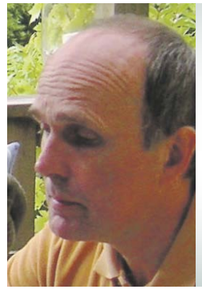
Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland,
Landesverband Bremen
Daniel-von-Büren-Str. 15
28195 Bremen

Internet:
http://www.bremen.piratenpartei.de
Briefe an die Redaktion:
bremen@kaperbrief.org

Redaktion:
Erich Sturm, Arend Vogtländer, Stefan Gerecke, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas, Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyleft:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung-Weitergabe“ unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abweichend lizenzierte Inhalte sind entsprechend gekennzeichnet. Die abgebildeten Wahlplakate stehen nicht unter einer Creative-Commons-Lizenz.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Siegfried Wegner

Beiratskandidat Mitte

Sebastian Keller
30 J., Student

Beiratskandidat Neustadt

„Ich bin in die Politik gegangen, weil ich mich von keinem der heutigen Politiker richtig repräsentiert fühle und gerade den einfachen Bürger nicht vertreten sehe.“

Beate Prömm
37 J., Romanistin und Übersetzerin

Beiratskandidatin Östliche Vorstadt

„Wir dürfen unserem Bedürfnis nach Sicherheit nicht unsere Freiheit opfern.“

Thomas Butenhoff

Beiratskandidat Schwachhausen

Klarmachen zum Ändern!

Die folgenden Positionen bestimmten die Politik der Piratenpartei.

Datenschutz

Staat und Privatwirtschaft sammeln immer mehr personenbezogenene Daten. Zum Schutz der Privatsphäre muss solch eine staatliche Sammelwut unterbunden werden.

Überwachung

Unter dem Vorwand der Kostenersparnis werden Maßnahmen eingeführt, die weder real noch gefühlt Sicherheit bringen. Wir fordern den Schutz der Unschuldsvermutung und das Ende pauschaler Verdächtigung und anlassloser Überwachung.

Bildung

Bildung ist ein Grundbaustein des demokratischen Rechtsstaates. Deshalb fordern wir freien und unbeschränkten Zugang zu Wissen, verbunden mit gleichen Bildungschancen für alle Bürger. Das schließt auch die Abschaffung der Studiengebühren ein.

Transparenz

Politik wird von Lobbys gesteuert. Unternehmen beeinflussen Politiker und die Gesetzgebung maßgeblich. Diese Abhängigkeiten zwischen Unternehmen und Politikern müssen aufgedeckt werden. Abgeordnete sollen Nebentätigkeiten und daraus resultierende Einkünfte veröffentlichen.

Meinungs- und Informationsfreiheit

Dank des Internets hat der Meinungs- und Informationsaustausch Grenzen überwunden. Politiker fordern, diese Freiheit über das gesetzliche Maß hinaus zu begrenzen, auch wenn dadurch Grund- und Bürgerrechte eingeschränkt werden. Wir meinen, dass eine wirkliche Meinungsfreiheit nur möglich ist, wenn Staat und Internetanbieter keine Filter oder Sperrmechanismen einsetzen.

Pressefreiheit und Informantenschutz

Veröffentlichungen von streng geheimen Dokumenten haben Schlagzeilen gemacht – etwa über die Internetplattform Wikileaks. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag für Transparenz und Informationsfreiheit. Im Sinne einer freien Presse und einer informierten Gesellschaft mündiger Bürger wollen wir anonyme Informanten gesetzlich schützen.

Umwelt und Energie

Die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ist die Grundlage für eine Existenz in Freiheit. Dazu gehört der verantwortungsvolle Umgang mit Natur und Ressourcen. Aus diesem Grund lehnen wir Atomkraft ab. Wir sind für eine Vielfalt an zukunftsfähigen und dezentralen Energiekonzepten und gegen Monopole auf dem Energiemarkt.

Bedingungslose Teilhabe

Jeder Mensch hat das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist das wichtigste Gebot des Grundgesetzes. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.

Urheberrecht und Nutzungsrecht

Das Nutzungsrecht entfernt sich immer weiter vom Urheber und entwickelt sich zum reinen Verwerterrecht. Musik- und Filmindustrie profitieren, Nutzer werden kriminalisiert. Deshalb unterstützen wir neue Geschäfts- und Verwertungsmodelle, die Urhebern mehr Kontrolle über ihre Werke geben und die Rechte von privaten Nutzern und Kreativen stärken.

Mitmachdemokratie

Die Piratenpartei steht für einen neuen Ansatz in der Politik. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung der Bürger fördern und politische Prozesse transparent gestalten, auch in unserer eigenen Partei.